

Glückwünsche zum 25jährigen Bestehen der Zeitschrift „Neue Justiz“

Werter Kollege Schibor!

Das Präsidium des Obersten Gerichts der Deutschen Demokratischen Republik spricht dem Redaktionskollektiv der Zeitschrift „Neue Justiz“ anlässlich ihres 25jährigen Bestehens Dank und Anerkennung für die geleistete verantwortungsvolle und erfolgreiche Arbeit aus.

Die „Neue Justiz“ hat einen wesentlichen Anteil daran, daß das Recht als Ausdruck der Macht der Arbeiterklasse im Interesse der konsequenten Sicherung unserer sozialistischen Ordnung und Wahrung der Rechte der Bürger in der Deutschen Demokratischen Republik einheitlich angewandt wurde.

Der Erläuterung der Beschlüsse der Partei der Arbeiterklasse und der Gesetze und ihrer praktischen Anwendung widmete die Redaktion der Zeitschrift breiten Raum und unterstützte damit den Kampf der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands um die Herausbildung und Festigung der sozialistischen Gesetzlichkeit in wirksamer Weise.

So entwickelte sich die „Neue Justiz“ zu einer anerkannten Fachzeitschrift aller Rechtspflegejuristen, der Schöffen und der Mitglieder der gesellschaftlichen Gerichte.

Sie förderte den theoretischen Meinungsstreit in der sozialistischen Rechtswissenschaft und -praxis und leistete einen wichtigen Beitrag zur Entlarvung der antihumanistischen Rechts- und Justizpraxis in Westdeutschland.

Auf der Grundlage der Beschlüsse des VIII. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands konzentrierte sich die Redaktion darauf, der gewachsenen Rolle des sozialistischen Rechts und der Forderung nach Erhöhung seiner politischen Massenwirksamkeit gerecht zu werden.

Das Präsidium des Obersten Gerichts beglückwünscht die Redaktion der „Neuen Justiz“ zu ihrer erfolgreichen Arbeit. Es verbindet diesen Glückwunsch mit der Gewißheit, daß die Zeitschrift „Neue Justiz“ auch in der Zukunft einen wichtigen Beitrag zur Gestaltung einer einheitlichen, klassenmäßigen, die Einheit von Politik und Recht ausdrückenden Rechtspraxis leisten wird.

Mit sozialistischem Gruß

Dr. Toeplitz,
Präsident des Obersten Gerichts der DDR

Werte Genossen I

Anlässlich des 25. Jahrestages der Gründung Ihrer Zeitschrift übermittle ich Ihnen im Namen aller Mitarbeiter der Staatsanwaltschaft der DDR herzliche Glückwünsche.

Die Gestaltung einer antifaschistisch-demokratischen und schließlich einer sozialistischen Rechtspflege im ersten Arbeiter-und-Bauern-Staat auf deutschem Boden ist mit dem Wirken Ihrer Zeitschrift eng verknüpft. Die „Neue Justiz“ hat sich in den verflossenen 25 Jahren unbestreitbare Verdienste erworben, die aufzuzählen mir unmöglich erscheint. Hervorheben möchte ich dennoch die konstruktiven Beiträge Ihrer Zeitschrift zur Herausbildung und Weiterbildung sozialistischer Kader in der Rechtspflege; zur Überwindung bürgerlicher Rechtshorizonte und zur Klarstellung des Klassencharakters des Rechts; zur Festigung der sozialistischen Gesetzlichkeit und zur Zurückdrängung der Kriminalität; zur Entlarvung der offenen und verdeckten Amnestierung der faschistischen Kriegs- und Menschlichkeitsverbrecher wie überhaupt zur Auseinandersetzung mit der reaktionären Gesetzgebung und Justiz des staatsmonopolistischen Herrschaftssystems in der BRD.

An Ihrem Jubiläumstage wünsche ich Ihnen Erfolge bei der Lösung der den Rechtspflegeorganen vom VIII. Parteitag der SED gestellten Aufgaben, Schaffenskraft, gute Gesundheit und persönliches Wohlergehen.

Mit sozialistischem Gruß

Dr. Streit,
Generalstaatsanwalt der DDR

Werte Kolleginnen und Kollegen!

Aus Anlaß des 25. Jahrestages des Erscheinens des ersten Heftes der Zeitschrift „Neue Justiz“ übermittle ich dem Redaktionskollektiv die herzlichsten Grüße und Glückwünsche der Mitarbeiter des Ministeriums der Justiz sowie der Bezirks- und Kreisgerichte und der Staatlichen Notariate.

Die „Neue Justiz“ hat in den 25 Jahren ihres Bestehens sowohl einen bedeutsamen Beitrag zum Aufbau und zur Entwicklung einer antifaschistisch-demokratischen, mit dem Volke verbundenen Justiz als auch zur Herausbildung und ständigen weiteren Vervollkommnung der sozialistischen Rechtsordnung und Rechtspflege der Deutschen Demokratischen Republik geleistet. Durch die Erläuterung der Beschlüsse der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und der Gesetze der Volkskammer, der Beschlüsse und Erlasse des Staatsrates und der Verordnungen und Beschlüsse des Ministerrates mit dem Ziel, die gesellschaftliche Wirksamkeit des sozialistischen Rechts und der sozialistischen Rechtspflege zu fördern, ist die Zeitschrift zu einem geschätzten und unentbehrlichen Helfer und Berater vor allem der juristischen Mitarbeiter der Rechtspflegeorgane wie auch aller anderen Juristen und solcher Bürger geworden, die an der Erfüllung der Aufgaben der Rechtspflege ehrenamtlich mitwirken.

Durch die Vermittlung neuer wissenschaftlicher Erkenntnisse und die Publizierung grundsätzlicher Entscheidungen des Obersten Gerichts und der anderen Gerichte ist die „Neue Justiz“ ihrer Aufgabe, die schöpferische Anwendung und Durchsetzung des sozialistischen Rechts sichern zu helfen, gerecht geworden. Sie hat sich zu einem lebendigen Forum des Gedanken- und Erfahrungsaustausches und des wissenschaftlichen Meinungsstreites entwickelt. Sie widmet den Fragen des Ausbaus der sozialistischen Demokratie in der Rechtspflege und der Diskussion und der Einführung neuer Gesetze in die Praxis stets große Aufmerksamkeit.

Zielstrebig hat die „Neue Justiz“ mit ihren Veröffentlichungen zur ständigen Qualifizierung der Juristen und zur Ausbildung der Studenten der Rechtswissenschaft beigetragen und geholfen, das sozialistische Rechtsbewußtsein unserer Bürger ständig zu erhöhen. Kämpferisch und mit hohem Niveau hat sie sich mit imperialistischen Staats- und Rechtsauffassungen auseinandergesetzt und deren antikommunistisches und damit friedens- und menschenfeindliches Wesen entlarvt.

Für diese erfolgreiche Arbeit gebührt der Redaktion und allen Mitarbeitern der Zeitschrift „Neue Justiz“ unser Dank. Wir sind gewiß, daß auch die künftige Arbeit von der Verantwortung getragen sein wird, einen wichtigen Beitrag zur weiteren ständigen Entwicklung und Vervollkommnung der sozialistischen Gesetzlichkeit in der Deutschen Demokratischen Republik zu leisten.

Mit sozialistischem Gruß

Dr. Wünsche,
Stellvertreter des Vorsitzenden
des Ministerrates und Minister der Justiz